

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angestammter für den Erzgebirgsbezirk  
Herausgeber: Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.  
Verlag: Auer Verlag, Leipzig

Verlag: Auer Verlag, Leipzig

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

1925

Freitag, den 10. Juli 1925

20. Jahrgang

### Die Anträge auf Auflösung des sächsischen Landtages abgelehnt.

Das Gesetz über den Staatshaushalt angenommen.

Dresden, 8. Juli. Der Landtag setzte heute die Beratungen fort. Beim Kapitel Steuern wies Abg. Wölber (D. Sp.) darauf hin, daß die Hoffnungen, auf die sich das Finanzministerium bei Aufstellung des Etats gestützt habe, völlig enttäuscht seien. Man habe mit 116 Millionen Einnahmen aus dem Reichsteuernanteil gerechnet. Es seien aber 27 Millionen weniger überwiesen worden, wodurch das Budgetgewicht des Etats gestört werde. Der Finanzminister habe den verantwortlichen Reichsbeamten keinen Jodel über den Ernst der Lage gelassen. Das Finanzministerium wolle eine Finanzkontrolle über die Länder ausüben, etwa gleich der europäischen Finanzkontrolle der Türkei. Der Reichsrat müsse von seinem Einspruchsrecht energisch Gebrauch machen.

Finanzminister Dr. Rosenfeld unterrichtete die Ausführungen des Abg. Wölber und betonte, daß die Bewahrung der Länder sehr erschweren werde. Die sächsischen Steuern müßten jetzt entweder überflüssig oder es müßten sämtliche Ausgaben für kulturelle Zwecke gestrichelt werden. Der Finanzminister bat den Landtag, sich hinter die Regierung zu stellen und sich der Verweigerung gegenüber der Reichsregierung voll anzuschließen.

Nach weiterer Beratung beschloß das Haus gegen

die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten, die Einnahmen bei Titel 7 bis 9 aus Reichsteuern auf 88.100.000 Mark herabzusetzen. Im übrigen wurden die Einstellungen gemäß der Vorlage genehmigt. Bei Kapitel „Rücklagen“ beschloß das Haus, im Titel 1 die Rücklagen um 23.247 Mark zu vermindern und bei Titel 2, Arbeitslöhne und Ortszuschläge, um 2107.700 Mark zu erhöhen. Gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten wurde jedoch der Entwurf eines Gesetzes über den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1925 angenommen und der Regierung nach einem Bericht des Staatrechnungshofes und der Haushaltsausschüsse Entlastung erteilt. Sodann trat das Haus in die Besprechung der Anträge auf Auflösung des Landtages ein.

Der Landtag lehnte die Linksozialistischen und kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 49 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Mehrheitslinken gegen 38 Stimmen der Linksozialisten, Linksozialisten und Kommunisten ab und vertagte sich sodann nach Erledigung des Staatsgesetzes und Einsetzung eines Zwischenausschusses bis zum 8. November.

### Keine außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages.

Berlin, 8. Juli. In der heutigen Sitzung des Reichstages erklärte Reichskanzler Dr. Brüning zu der Frage, ob eine außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages stattfinden solle, daß die Reichsregierung beabsichtige, vor Abschluß der Verhandlungen mit der französischen Note mit dem Auswärtigen Ausschuss in nochmaliger Sitzung zu treten. Dies solle erfolgen, sobald ein Votum für die Untervote der Regierung selbst durchfallen sei. Obgleich diese Note aus dem Stande der internationalen Erörterung des Problems noch nicht einen abschließenden Charakter tragen werde, so könnten immerhin wesentliche Fragen darin bereits zur praktischen Entscheidung kommen. Die Regierung halte eine Erweiterung der Verhandlungen im Reichstage für nicht notwendig. Die Regierung halte eine Erweiterung der Verhandlungen im Reichstage für nicht notwendig. Die Regierung halte eine Erweiterung der Verhandlungen im Reichstage für nicht notwendig.

Hierzu schloß sich eine ausführliche Geschäftsverhandlung an, in deren Verlauf der Reichskanzler und der Finanzminister des Auswärtigen wiederholt das Wort nahmen. Zum Schluß stellte der Vorsitzende Abg. Dörmann (Dn.) fest, daß er entsprechend den Erklärungen des Reichskanzlers mit der Regierung im Benehmen bleiben werde, um, sobald die Verhandlungen des Rates über die bevorstehende Antwort zur Sicherheitsfrage dahin gekehrt sein würden, eine neue Sitzung des Auswärtigen Ausschusses anzuberaumen.

### 150 Millionen Franken für Marokko.

Paris, 8. Juli. Die Kredite, die die Regierung vom Parlament für Marokko fordert, belaufen sich auf 150 Millionen Franken. Der Finanzminister der Kammer ist heute nachmittag zusammengetreten, um den Gesetzentwurf zu beraten. Man glaubt, daß der Bericht über seinen Bericht über die Kreditvorlage vielleicht noch heute dem Plenum der Kammer unterbreiten könne, so daß es möglich wäre, daß die Vorlage bereits in einer nächsten Sitzung zur Verabschiedung gelangen wird. Es besteht bekanntlich die Absicht, die Session am Sonnabend zu beenden. Doch wird angenommen, daß der Senat den Budgetentwurf für 1925 abändern wird, so daß die Kammer sich wenigstens noch einmal mit ihm beschäftigen muß.

### Relegorganisation der Nation.

Ein Beitrag zur Abrüstung.

Paris, 8. Juli. Ministerpräsident Painlevé hat der Kammer einen Gesetzentwurf über die allgemeine De-

nationalisation der Nation für die Kriegszeit eingebracht. Die Hauptinhalte dieses Gesetzentwurfes sind: 1) die Heranziehung aller Personen und aller Gemeinschaften zum Besten der nationalen Verteidigung; 2) das Recht, alle Hilfsquellen des Landes, nicht nur materielle, sondern auch intellektuelle und wissenschaftliche zu requirieren; 3) die Methode der Organisation der öffentlichen Verwaltung für die Kriegszeit und der Vorbereitung der Mobilisierung durch jedes Ministerium in jeder Gegend bereits während der Kriegszeit; 4) Sondermaßnahmen für die rationelle Ausbeutung der Arbeitskräfte und der Rohstoffe und Vorbereitung der Arbeitsindustrie, sowie die Organisation der Transportmittel aller Art. Diese Reform, so heißt es in den Erläuterungen zum Gesetzentwurf, sei eines der wichtigsten Elemente für die Reorganisation der nationalen Verteidigung die gestatten werde, die Militärfähigkeit herabzusetzen und doch die Sicherheit des Landes auf fester Grundlage zu garantieren.

### Frankreich ratifiziert das Washingtoner Abkommen nach Deutschland!

Die Kammer beschäftigt sich seit gestern vormittag mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Wüstentag. Im Verlauf der Debatte erklärte der Abgeordnete Merlant von der Demokratisch-Republikanischen Vereinigung, Frankreich könne das Abkommen erst ratifizieren, nachdem Deutschland es ratifiziert habe. Der Linksozialistische Abgeordnete Debus erläuterte, unter welchen Bedingungen in Deutschland der Wüstentag zur Anwendung kommt, und stellte dabei fest, daß nach seiner Ansicht die Forderungen der deutschen Arbeiter die weitgehende Erfüllung erfahren haben und weiter erfahren. Der Arbeitsminister erklärte, die französische Regierung vertrete den Standpunkt, daß es unmöglich sei, noch länger mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu warten. Wenn Frankreich ratifiziere, würden andere folgen. Frankreich ratifiziere unter der Bedingung, daß auch Deutschland ratifiziere, das heißt, das Abkommen werde erst obligatorisch in Frankreich, wenn Deutschland selbst es zur Anwendung bringe.

Die Kammer billigte sodann mit 420 gegen 151 Stimmen den von der Regierung vertretenen Standpunkt, daß das Washingtoner Abkommen über den Wüstentag in Frankreich erst in Kraft treten soll, wenn Deutschland dieses Abkommen ratifiziert hat.

### Die Demission Jankoffs gefordert.

11 weitere Todesurteile.

Sofia, 8. Juli. Der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat an das bulgarische Volk ein Manifest gerichtet, in dem es heißt, die Regierung Jankoff habe für die innere Konsolidierung des Landes nichts getan. Aus diesem Grunde fordert die Sozialdemokratische Partei die Demission des Rabinetts Jankoff.

Sofia, 8. Juli. Das Kriegsgericht in Pöhlwapel hat gegen die 27 kommunistischen Angeklagten aus Karlowo das Urteil gefällt. 11 Kommunisten wurden zum Tode, 14 andere Angeklagte wurden für insgesamt 70 Jahren Kerker verurteilt, während zwei Angeklagte freigesprochen wurden.

### Marokko und England.

Während die Madrider Konferenz, an der Spanien und Frankreich beteiligt sind, nur mühsam weiterkommt, ist Abd el Krim nach übereinstimmenden Meldungen in die erste Linie der französischen Marokko-Front eingedrungen. Sowie geben auch die französischen Kriegsberichte zu, und von anderer Seite hört man noch Bedenkliches. Die Folge des Vorstoßes der Rifabden wird nämlich sein, daß eine Anzahl von Stämmen, auf die Frankreich sich bisher verlassen konnte, wandern wird. Schon hört man von schweren Plünderungen im Gebiet dieser Stämme, denen von der französischen Regierung garantiert worden war, daß die Güter eingeschützt werden könne. Abd el Krim läßt nun — wie ja überhaupt dieser Krieg in geradezu antiker Manier geführt wird — gerade die Plünderungen der schwachen Stämme vertreiben, um sie durch wirtschaftliche Not zur Abkehr von Frankreich zu zwingen. Zwar hat eine französische Gegenoffensive eingesetzt, aber trotz den beruhigenden Mitteilungen des Ministerpräsidenten Painlevé der insbesondere die Nachricht von einer Eroberung der marokkanischen Hauptstadt Fez betreibt, merkt eine private französische Agentur, daß Abd el Krim in der Ausnutzung des Geländes, der Zahl und Qualität der Truppen unbedingt heute überlegen sei.

In England fürchtet man sogar schon in Tanger. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Tanger hat seinem Blatte am Sonntag einen längeren Bericht geschickt, an dessen Ende er fragt, ob nicht England in die „unheimliche Lage“ kommen werde, zum Schutze des internationalisierten Tanger-Gebiets Truppen zu entsenden und damit aktiv in die marokkanischen Wirren einzugreifen.

Gleichzeitig ist der „Manchester Guardian“ amtlich zu der Mitteilung ermächtigt worden, daß England zwar nicht die Beziehungen zu Rußland abbrechen werde, daß es aber Beziehungen in Moskau erheben wolle gegen die Tätigkeit der 3. Internationale. Auch diese Vorstellungen will England nicht für sich allein erheben, sondern zusammen mit den Staaten, die gleichfalls an der Abwehr der bolschewistischen Propaganda interessiert sind. Der „Manchester Guardian“ nennt Frankreich, die Tschechoslowakei und Italien. Kommt es tatsächlich zu einer französisch-englisch-italienischen Kollektivnote in Moskau, dann wird dennoch auch das diplomatische Verhältnis der russischen zur englischen Regierung zur Debatte stehen. Denn gerade in den Fragen der Kolonialpolitik ist die Tätigkeit der 3. Internationale von der russischen Außenpolitik nicht zu trennen. Die bolschewistische Propaganda ist ja gerade in Asien und wohl auch in Afrika die fruchtbarste Waffe der russischen Außenpolitik geworden. Der ganze Komplex der chinesischen, indischen, vordaristanischen und afrikanischen Schwierigkeiten Englands und Frankreichs müßte aufgerollt werden, wenn die Engländer das Sänderregister der 3. Internationale vorlegen. Sind doch in China die Schwierigkeiten auf den Höhepunkt gekommen, und man sollte bei uns die an sich verständliche Genugtuung über die Erhebung der Chinesen und ihre Kampfbereitschaft für Deutschland nicht so weit treiben, daß man die daraus doch auch erwachsenden Schädigungen des deutschen Handels übersehen. Wie nämlich deutsche Handelskreise in Shanghai mitteilen, wird auch der deutsche Handel durch den europäer-Hoykott mit geschädigt. Die Bedrohung aus solcher Quelle ist umso wichtiger, als die von der Shanghaier deutschen Kaufmannschaft herausgegebenen Berichte schon vor Monaten Punkt für Punkt das voraus sagten, was inzwischen eingetreten ist.

Wenn der in England angekündigte Kollektivschritt in Moskau erfolgt, dann wäre es zum ersten Mal gelungen, die europäischen Kolonialmächte zu einem äußeren Zeichen ihrer gemeinsamen Gefahr zu vereinen. Bisher ist ja die ägyptische Unabhängigkeitsbewegung von Frankreich, die marokkanische vielleicht auch von England, die arabischen wieder von Frankreich erzwungen worden. Die Anfangserfolge gegen Spanien dankende Abd el Krim sticht auch einer allschweigenden Erwähnung Frankreichs, das jetzt selbst die Waden schlägt empfindet. Wir, als Unbeteiligte, können zwar der allgemeinen Welterwartung der ententistischen Kolonialmächte mit einer gewissen Ruhe zusehen, wir können aber auf keine Sicht die sich ankündigende Revolution gegen Europa nicht gleichgültig beurteilen.

### Keine neue Inflation.

Kaiserslautern, 8. Juli. Unfähig des Einweihung der Reichsbankstelle erklärte Reichsbankpräsident Dr. Schmidt, daß alle Gerüchte über eine neue Inflation unrichtig seien, und daß es seine Hand dafür ins Feuer lege, daß die Stabilisation von Dauer sein werde.